

REGIERUNGSBESCHLUSS

Stadt gibt Prater-Geld frei

Riesenradplatz: 7,9 Mio. Euro für Sub-Unternehmer.

WIEN (Apa, red.). Der Wiener Stadtsenat hat gestern, Dienstag, einstimmig finanzielle Hilfe für jene Unternehmen beschlossen, die durch das Debakel beim Bau des neuen Riesenrad-Vorplatzes in Schwierigkeiten geraten sind. Die Stadt gibt demnach 7,9 Millionen Euro frei. Mit dem Geld wird die 40-Prozent-Ausgleichsquote für die von der Insolvenz des Riesenradplatz-Generalunternehmers „Explore 5D“ betroffenen Subunternehmer erfüllt.

Die zuständige Vizebürgermeisterin Grete Laska zeigte sich zufrieden über die Zustimmung der Opposition: „Es ist erfreulich, dass erkannt wurde, dass es hier um die Sicherstellung des Ausgleichsverfahrens geht.“ Die 7,9 Mio. seien als Höchstgrenze festgesetzt worden, die genaue Höhe der Gelder werde erst feststehen, wenn die Masseverwalterin die tatsächlichen Forderungen überprüft habe.

Wie berichtet, geriet der Generalunternehmer für den neuen Riesenrad-Platz, „Explore 5 D“, im

Mai ins finanzielle Aus, was auch zahlreiche Sub-Unternehmer ins Trudeln brachte. „Explore“ war von einer Tochterfirma der Stadt Wien engagiert worden.

Forderung nach Rücktritt

Ungeachtet ihrer Zustimmung übte die Opposition weiter Kritik daran, wie das Finanz-Debakel zustande gekommen war. Der nicht amtsführende Stadtrat Norbert Walter (VP) betonte, im Sinne der Kleinunternehmer dem Beschluss zugestimmt zu haben. Zugleich verlangte er erneut den Rücktritt von Laska: „Die völlig überforderte Vizebürgermeisterin hat geistig bereits abgedankt.“ Aus diesem Grunde werde man „bei nächster Gelegenheit“ einen Misstrauensantrag gegen Laska einbringen.

Auch die Grüne Planungssprecherin Sabine Gretner forderte einen Rücktritt Laskas. Diese betonte aber, sie werde die Kritik der Oppositionsparteien nicht kommentieren. Einen Anlass für einen Rücktritt sehe sie nicht.